

## Die innere Teilung überwinden!

### Traurige Bilanz eines großen Jubiläums: Ungarn 1989–2009

von Gereon Schuch

*Ungarn war 1989 das Musterland politischer Reformen im kommunistischen Ostblock. Die Öffnung der ungarischen Westgrenze im September 1989 für DDR-Bürger beschleunigte maßgeblich die Wende in Ostdeutschland und die damit einhergehende Wiedervereinigung Deutschlands. Zum 20. Jubiläum dieser Ereignisse herrschte in Budapest jedoch nur verhaltene Jubiläumsfreude. Die gesellschaftliche Polarisierung und politische Spaltung des Landes lähmen die parlamentarische Demokratie. Doch Ungarn steht vor gewaltigen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen: Das Land steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise, bislang ungelöst ist die Integration der Romungro / Roma / Beas, und die Beziehungen zur Slowakei sind aufgrund unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Minderheitenpolitik äußerst angespannt. Bewältigen lassen sich diese Aufgaben nur, wenn die beiden großen politischen Parteien den destruktiven Grabenkampf beenden und sich ihrer demokratischen Verantwortung annehmen. Andernfalls droht bei den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr ein weiterer Aufstieg der radikalen Rechten, die bereits bei den Europa-Wahlen unerwartet hohe Ergebnisse erzielen konnte.*

Das größte gesellschaftliche Problem Ungarns stellt die innere Zerrissenheit dar. Wie wohl kein anderes Land in Mitteleuropa ist Ungarn politisch polarisiert und gesellschaftlich gespalten. Eine der maßgeblichen Ursachen dieser Polarisierung liegt in den Ereignissen von vor zwanzig Jahren begründet: Es waren eben die radikalen Reformkommunisten, die die tief greifenden Veränderungen und damit letztlich die Wende in Ungarn herbeiführten, und nicht der Druck oppositioneller Demonstrationen und einer breiten Volksbewegung. Nicht Montagsdemonstrationen oder Generalstreiks erzwangen das Mehrparteiensystem, sondern ein Beschluss des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Anfang 1989 leitete den Übergang zum Pluralismus in die Wege.

Im Gegensatz zu Polen war die Opposition in Ungarn bis in die 1980er Jahre keine treibende Kraft. Das kommunistische Regime hatte sich mit kleinen gesellschaftlichen Freiheiten und relativem wirtschaftlichen Wohl-

stand nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand von 1956 eine resigniert-apolitische Grundhaltung der Bevölkerung erkaufte. Allerdings geriet Ungarn in den 1980er Jahren in große wirtschaftliche Probleme und damit das System ins Ungleichgewicht. Die pragmatische Einsicht der kommunistischen Führung in den bevorstehenden wirtschaftlichen Kollaps war deshalb ein maßgebliches Motiv für den Reformkurs, der sich dann zunehmend beschleunigte und verselbstständigte – wenngleich die Kommunisten natürlich versuchten, den Wandel in ihrem Sinne zu gestalten, und entscheidende Machtpositionen zu besetzen. In diesem Kontext entwickelte und reorganisierte sich die politische Opposition. Beim Aufbau einer pluralistischen Bürgergesellschaft und der organisatorischen Ausgestaltung der friedlichen Machtübergabe in den »Gesprächen am Runden Tisch« zwischen Mitte Juni und Mitte September 1989 spielte sie eine wichtige Rolle. Die »Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei« löste sich Anfang Oktober 1989 selbst auf. Unmittelbar danach

gründete sich als Rechtsnachfolgerin die »Ungarische Sozialistische Partei«. Auch wenn damit ein Neuanfang gesucht wurde, standen die Sozialisten doch zweifelsohne in der Kontinuität der ehemals kommunistischen Machthaber.

Das konservative »Ungarische Demokratische Forum« gewann die ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990. Doch schon bei den folgenden Wahlen 1994 erlangte die ehemalige Staatspartei die parlamentarische Macht mit absoluter Mehrheit zurück. In den folgenden Jahren stellten sich die Sozialisten als moderne und proeuropäische sozialdemokratische Partei dar. Die konservativen Kräfte dagegen sammelten sich im »Ungarischen Bürgerbund« (Fidesz), der sich zunehmend nationalkonservativ und betont antikommunistisch als Gegenpol zu den Sozialisten positionierte. Gefördert durch Parteiführer, die vor Populismus nicht zurückschreckten, polarisierte sich die politische Landschaft Ungarns in den folgenden Jahren zwischen diesen beiden Parteien. Folge dieser Dichotomie ist, dass es dazwischen keine relevanten politischen Kräfte geben kann: Das »Ungarische Demokratische Forum« versucht zwar nach Jahren der Allianz mit Fidesz wieder seine Eigenständigkeit zu betonen, wird aber weiterhin eine Splitterpartei bleiben. Der »Bund der Freien Demokraten« konnte als langjähriger Koalitionspartner der Sozialisten kein unabhängiges liberales Profil aufbauen und scheidet damit für die Konservativen als potenzieller Koalitionspartner aus.

Diese Teilung zieht sich durch alle Bereiche des öffentlichen und oftmals auch privaten Lebens. Es ist der Kampf gegen angebliche Kommunisten oder gegen angebliche Nationalisten – je nachdem, auf welcher Seite des Grabens man steht. Der politische Gegner ist ein politischer Feind, das politische Bekenntnis wird zum Koordinatensystem zwischen »Gut« und »Böse«. Parlamentarische Koalitionen über diese Demarkationslinie hinweg scheinen unmöglich, und die festgefahrene Lagerbildung verhindert dringend nötige parteiübergreifende Reformanstrengungen. Gelegentlich polemisieren rechtspopulistische Stimmen, eine wirkliche Wende habe es noch gar nicht gegeben, diese müsse durch eine Volksbewegung erst

noch herbeigeführt werden. Die Bevölkerung ist vom »Nichtfunktionieren« der parlamentarischen Demokratie zunehmend enttäuscht – und diese Unzufriedenheit wird von extremistischen Gruppen genutzt, um die liberale Demokratie als Ursache des Übels darzustellen und radikale Gegenkonzepte zu propagieren.

In dieser Situation steht das Land vor großen innen- und außenpolitischen Herausforderungen:

### Bewältigung der Wirtschaftskrise

Ungarn steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Infolge der weltweiten Finanzkrise stürzten die Kurse an der Budapester Börse im Herbst 2008 ins Bodenlose und der ungarische Forint gegenüber dem Euro auf ein Rekordtief. Günstige Fremdwährungskredite wurden plötzlich zur Schuldenspirale. Da die ungarischen Banken überwiegend von westlichen Mutterhäusern abhängig sind, geriet Ungarn in erhebliche Liquiditätssengpässe. Im Oktober 2008 bewahrte nur ein Hilfspaket des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EU über 20 Milliarden Euro das Land vor dem Bankrott. Der ungarische Staat hatte international seine Kreditwürdigkeit verloren. Erwartete die ungarische Regierung noch Ende 2008 für das Folgejahr ein Wirtschaftswachstum von 3%, führte die Krise tatsächlich zu einer Rezession von 6,5%. Infolge der nachlassenden Wirtschaftsleistung und damit zurückgehender staatlicher Einnahmen wurden massive Ausgabenkürzungen notwendig. Außerdem hat sich Ungarn bei den Verhandlungen für den internationalen Notkredit zu weit reichenden Konsolidierungsmaßnahmen verpflichten müssen. Das Haushaltsdefizit konnte so bei 4% des BIP stabilisiert werden. Der Staat fährt, wo er kann, Ausgaben zurück und wirbt um Verständnis für schmerzhaftes Sparmaßnahmen. Wenngleich der radikale Sparkurs mittlerweile Wirkung zeigt und die wirtschaftliche Lage sich wieder erholt: Die Bevölkerung, die sich von der Westintegration auch einen ansteigenden Wohlstand erhoffte, ist zunehmend von der Politik enttäuscht.

## Integration der Romungro, Roma und Beas

Ungelöst ist bislang die soziale und gesellschaftliche Integration der – nach ihrer Selbstbezeichnung – Zigeuner, die sich in Ungarn aus drei Volksgruppen zusammensetzen: Mehr als zwei Drittel zählen sich zu den Romungro, rund ein Zehntel zu den Beas, die übrigen gehören der Gruppe der Oláh an und sind Roma im engeren Sinne. Über die Größe der gesamten Gruppe gibt es abweichende Angaben, in Ungarn wird von rund 600 000 Zigeunern ausgegangen. Im Kommunismus überwiegend als ungelernete Arbeiter eingesetzt, verloren sie im Zuge der wirtschaftlichen Transformation nach der Wende mit als erste ihre Beschäftigung. Mittlerweile liegt die Arbeitslosigkeit in dieser Bevölkerungsgruppe über 80% und ihr Bildungsgrad deutlich unter dem Niveau der übrigen Bevölkerung – woraus sich erhebliche soziale Spannungen ergeben. Die soziale Integration der Zigeuner und die dafür grundlegende Einbeziehung in das Bildungswesen und in den Arbeitsmarkt ist eine der größten Herausforderungen für die ungarische Gesellschaft und Politik. Bislang konnte keine Regierung auf diesem Gebiet nachhaltige Erfolge erzielen.

Rechtsradikale und extremistische Gruppierungen belegen zunehmend dieses Thema und schüren vorhandene Ressentiments in der ungarischen Bevölkerung. Übergriffe, Gewalttaten und Morde an Mitgliedern dieser Volksgruppe haben die internationale Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten erschüttert.

## Verständigung mit den Nachbarn

Für manchen Westeuropäer kaum vorstellbar, sind in Ungarn noch heute die Folgen des Ersten Weltkriegs gesellschaftlich präsent und politisch brisant. Die Siegermächte lösten die Österreichisch-Ungarische Monarchie im Vertrag von Trianon auf, und Ungarn verlor rund zwei Drittel seines Staatsgebietes und knapp 60% seiner Bevölkerung. Leicht wird dabei jedoch vergessen, dass die Monarchie ein Vielvölkerstaat war. Zur Jahrhundertwende bestand die Bevölkerung des damaligen Ungarischen Reichs nur zu 45% aus Personen ungarischer Nationalität, gefolgt von Rumänen

(15%), Deutschen (11%) und Slowaken (10%). Doch die Aufteilung des ungarischen Territoriums an Nachbarstaaten (vor allem Rumänien und Jugoslawien) oder gar neu geschaffene Nationalstaaten (der slowakische Teil der damaligen Tschechoslowakei) führte in der ungarischen Gesellschaft zu einem tiefen Trauma der Demütigung, das bis in die Gegenwart im gesellschaftlichen Gedächtnis präsent ist. Infolge dieser Grenzverschiebungen leben heute annähernd 1,5 Millionen Ungarn in Rumänien, mehr als eine halbe Million in der Slowakei und fast 300 000 in Serbien.

Die bestehenden Grenzen wurden von Ungarn völkerrechtlich anerkannt, und keine der im Budapester Parlament vertretenen Parteien zweifelt die Unverletzlichkeit dieser Grenzen an. Dennoch instrumentalisieren nationalistische und extremistische Gruppen und Parteien sowohl in Ungarn als auch in den betreffenden Nachbarstaaten immer wieder den Rückgriff auf den Vertrag von Trianon, um damit jeweils innenpolitisch Stimmung zu machen und Wählerstimmen zu gewinnen – zu Lasten der bilateralen Beziehungen. Die jüngste Zuspitzung des slowakisch-ungarischen Verhältnisses, die im August 2009 in einem Einreiseverbot der slowakischen Regierung für den ungarischen Staatspräsidenten in die Slowakei gipfelte, wo er an der Einweihung eines Denkmals für den ungarischen König Stephan I. teilnehmen wollte, ist ein bedauerliches Beispiel dafür.

## Demokratische Verantwortung

Im Frühjahr 2010 stehen in Ungarn Parlamentswahlen an. Doch der Ausblick auf die Zukunft des Landes stimmt gegenwärtig nicht sehr optimistisch. Die politischen Akteure müssen sich ihrer demokratischen Verantwortung bewusst werden, die ergebnislose und zermürbende Polarisierung überwinden und die anstehenden Herausforderungen angehen.

Zwanzig Jahre nach der Wende sollte Fidesz die Sozialisten als Partei anerkennen, deren politisches Programm man kritisieren kann und deren Mitglieder und Protagonisten zwar als politische Gegenspieler, nicht aber als ideologische Feinde zu verstehen sind. Zu-

dem verlässt die Garde der ehemals kommunistischen Funktionäre in der Sozialistischen Partei zunehmend die politische Bühne. Die Sozialisten ihrerseits sollten Fidesz nicht im Interesse der eigenen Profilschärfung als nationalistische Gefahr brandmarken, sondern sich mit seinem Programm im demokratischen Wettstreit der Ideen auseinandersetzen. Die Fokussierung auf eine bipolare politische und gesellschaftliche Konfrontation entstammt dem Verständnis des Kampfes zwischen einer totalitären Staatspartei und einer unterdrückten Opposition. Dieses Denken muss überwunden und eine politische Kultur des demokratischen Wettbewerbs der Ideen etabliert werden. Denn nur, wenn sie nicht von einer der beiden großen Parteien bereits im Vorfeld vereinnahmt werden, können auch kleine Parteien ein klares Profil entwickeln und vertreten. Populistische Politiker, die sich darauf verlegt haben, Ängste zu schüren und zu instrumentalisieren, spielen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Sollte sich diese Erkenntnis nicht durchsetzen, werden die Radikalen und Extremisten die Gewinner und die demokratischen linken, rechten und liberalen Parteien die Verlierer sein. Die Ergebnisse der radikalen Rechten bei den Europa-Wahlen 2009 können in diesem Sinne als Schuss vor den Bug der Demokratie verstanden werden.



Dr. Gereon Schuch  
<schuch@dgap.org>